

GSP-04 Kapitel 1: Lebensgrundlagen schützen

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2020
Thema: Grundsatzprogramm

Text

Klima und Energie

1 (52) Nach dem fossilen Zeitalter beginnt die ökologische Moderne. War der Fortschritt der
2 Moderne bislang angetrieben von Kohle, Öl und Gas und verlagerte seine sozialen und
3 ökologischen Kosten zu großen Teilen in andere Weltregionen und in die Zukunft, geht es beim
4 Fortschritt heute darum, die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren sowie den
5 gegenwärtigen und kommenden Generationen weltweit ein Leben in Freiheit, Würde und Wohlstand
6 zu ermöglichen. Je entschiedener wir handeln, umso mehr Freiheiten und Alternativen haben
7 wir in den kommenden Jahrzehnten.
8

9 (53) In der ökologischen Moderne ist das Prinzip der Nachhaltigkeit leitend. Die natürlichen
10 Ressourcen dürfen demnach nur in dem Maße genutzt werden, wie sie sich auch wieder erneuern
11 können. Das gilt für Technologien, Wirtschaftsweisen, für den privaten Verbrauch und Konsum.
12 Konkret bedeutet das: Politische Entscheidungen müssen daran gemessen werden, ob ihre Folgen
13 mit der Einhaltung der planetaren Grenzen vereinbar sind.

14 (54) Wir leben in Zeiten der Klimakrise. Der Anstieg der Meeresspiegel bedroht das Leben an
15 den Küsten. Trockenheit und Wüstenbildung zerstören Lebensräume von Mensch und Tier.
16 Hitzesommer und Wetterextreme sorgen für extreme Schäden und nehmen lebensbedrohliche
17 Ausmaße an. Es ist Aufgabe der Menschheit, die Katastrophe so weit wie möglich einzudämmen.
18 Leitlinie ist das Klimaabkommen von Paris, das vorsieht, die Erderhitzung auf deutlich unter
19 zwei Grad, möglichst auf 1,5 Grad, zu begrenzen. Europa muss so schnell wie möglich
20 Klimaneutralität erreichen. Deutschland als einem der größten Verursacher von Treibhausgasen
21 kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Jedes Zehntelgrad weniger Erhitzung zählt.

22 (55) Maßstab erfolgreicher Klimapolitik ist der Budget-Ansatz. Er zeigt auf, wie viele
23 Treibhausgasemissionen jedes Land noch ausstoßen darf, um den eigenen Anteil am Pariser
24 Klimaabkommen einzuhalten. Daraus folgt die Notwendigkeit, jeden Tag konkret zu handeln.
25 „Morgen ist auch noch ein Tag“ gilt beim Klimaschutz nicht. Nur, wenn substanzielle
26 Einsparungen schnell erzielt werden, gibt es später noch ausreichend Handlungsspielraum.

27 (56) Der Übergang zu 100 Prozent Erneuerbaren Energien, der Ausstieg aus allen fossilen
28 Ressourcen und damit Dekarbonisierung sind die Schlüsselaufgaben des Klimaschutzes. Kohle,
29 Öl und Gas vollständig durch erneuerbare Energien zu ersetzen gelingt nur, wenn Energie
30 effizient genutzt und eingespart wird sowie die Sektoren Strom, Wärme, Verkehr, und
31 Industrie ineinandergreifen.

32 (57) Technologie ist als Beitrag für Klimaneutralität notwendig. Technologische Lösungen
33 müssen immer dem Vorsorgeprinzip folgen. Das heißt, dass die Abwägung von Nutzen und
34 Schäden, mögliche Umkehrbarkeit sowie die Eingriffstiefe zu berücksichtigen sind. Sie werden
35 grundlegende Veränderungen und schnelles Handeln nicht ersetzen, sondern nur ergänzen
36 können.

37 (58) Die Digitalisierung leistet einen großen Beitrag für den Klimaschutz. Big-Data-
38 Technologien ermöglichen es, eine schwankende erneuerbare Produktion mit dem Verbrauch eng
39 zu verzahnen und so den Energiebedarf zu senken. Das Potential der Digitalisierung für
40 Ressourceneffizienz, sparsamen Energieverbrauch, Dematerialisierung und Suffizienz soll
41 bestmöglich gefördert werden – ohne zugleich massive Rebound-Effekte auszulösen.

42 (59) Erneuerbare sind dezentral in der Erzeugung, aber eine Versorgung mit Erneuerbaren
43 Energien wird leichter sicherzustellen sein, je größer der Raum ist. Unser Kontinent hat die
44 richtige Größe für die Energiewende. Die europäische Energieunion soll die verschiedenen
45 Stärken der Regionen – Solarenergie im Süden, Geothermie und Wasserkraft in Skandinavien und
46 den Alpen, Offshore-Windkraft im Atlantik, im Mittelmeer und in der Ostsee, Onshore-
47 Windkraft in ganz Europa – miteinander verbinden.

48 (60) Es braucht eine vorausschauende Energieaußenpolitik. Denn auch im Zeitalter der
49 Erneuerbaren wird es Energieimporte geben. Sie hilft den Partnerländern beim Aufbau der
50 entsprechenden Strukturen und stellt sicher, dass die importierte Energie nachhaltig und
51 unter sozial gerechten Bedingungen erzeugt wurde.

52 (61) Um die Klimakrise zu bewältigen, ist es weder notwendig noch vertretbar, zur Atomkraft
53 zurückzukehren. Diese Hochrisikotechnologie birgt eine existenzielle Bedrohung für Natur,
54 Mensch und Tier.

55 (62) Es ist Aufgabe in diesem Jahrzehnt, ein Endlager für den hochradioaktiven Atommüll mit
56 höchstmöglichen Sicherheitsstandards und bei bestmöglichen geologischen Bedingungen zu
57 finden. Bei der Suche ist die gesamtgesellschaftliche Verantwortung vor regionale
58 Eigeninteressen zu stellen.

59 **Umwelt und Landwirtschaft**

60 (63) Der Verlust an Artenvielfalt ist so dramatisch wie die Klimakrise. Schlimmer noch: Die
61 beiden Krisen bedingen sich gegenseitig und können daher auch nur gemeinsam gelöst werden.
62 Die Roten Listen und die planetaren Grenzen müssen als „Barometer des Lebens“ zum Gradmesser
63 für politische Handlungsleitlinien werden, denn die biologische Vielfalt sichert das Leben
64 auf dem Planeten. Ökologischer Landbau, die Ökologisierung der konventionellen
65 Landwirtschaft, Schutzgebiete sowie mehr freie Natur an Land und im Meer sind als wirksamer
66 Schutz für Artenvielfalt und Umwelt zu betreiben.

67 (64) Das Vordringen des Menschen in die letzten noch nicht zerstörten natürlichen Gebiete
68 und die grenzenlose Aneignung von Umwelt und Tierwelt zum Verbrauch oder Verzehr gefährden
69 nicht nur die Natur, sondern auch die menschliche Gesundheit. Sogenannte zoonotische
70 Krankheiten können fatale gesellschaftliche Folgen haben. Der Schutz von Ökosystemen trägt
71 auch dazu bei, Seuchen und Pandemien zu verhindern.

72 (65) Einen großen Beitrag zur CO₂-Senkung leistet auch der Wald. Dazu muss die globale
73 Entwaldung gestoppt werden und Deutschland muss einen nachhaltigen Waldumbau – weg von
74 Holzplantagen hin zu naturnahen Wäldern – leisten.

75 (66) Artenschutz erfordert Schutz von Lebensräumen und mehr Wissen. Unser Ziel ist der
76 Aufbau eines vernetzten Verbundes von Schutzflächen. Die Forschung über die verschiedenen
77 Arten und ihr Zusammenspiel im Ökosystem soll gefördert werden, denn geschätzt sind heute
78 weniger als ein Viertel aller Arten bekannt. Zum Schutz von Arten gehört es auch, den
79 Wildtierhandel effektiv zu unterbinden. Zudem sollen alle Bestände der großen
80 Naturkundemuseen digitalisiert und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

81 (67) Um den Raubbau an der Natur zu beenden, muss auch die Verschmutzung der Erde mit
82 Plastik, Müll, Chemikalien und Pestiziden ein Ende haben. In einer Kreislaufwirtschaft wird
83 die Zahl der neu produzierten Waren und Güter minimiert, Produkte werden langlebiger und

84 können repariert oder wiederaufbereitet werden. Produktion und Konsum finden so weit wie
85 möglich in vollständigen Kreisläufen statt, so dass auch immer weniger natürliche Ressourcen
86 verwendet werden müssen.

87 (68) Eine zukunftsfähige Landwirtschaft arbeitet mit der Natur. Statt wachsender
88 Abhängigkeit von Pestiziden, Weltmärkten, wenigen Großkonzernen und engen Produktionszwängen
89 gehört die Zukunft einer modernen, regional verwurzelten Landwirtschaft, die ältestes Wissen
90 mit modernen Techniken und digitalen Lösungen kombiniert. Sie arbeitet ressourcenschonend,
91 naturverträglich und tiergerecht. Der Wandel hin zur zukunftsfähigen Landwirtschaft gelingt
92 nur zusammen mit den Bäuer*innen.

93 (69) Die Sicherheit der Lebensmittelversorgung ist ein hohes Gut. Der Landwirtschaft gebührt
94 Anerkennung dafür, dass sie diese gewährleistet. Im Sinne der globalen
95 Ernährungssouveränität gilt es, kleinbäuerliche Strukturen zu stärken und zu fördern. Wir
96 wollen aber, dass Bäuerinnen und Bauern einen Ausweg aus dem System des „Wachse oder Weiche“
97 erhalten und künftig für ihre vielfältigen Gemeinwohlleistungen gezielt belohnt werden.

98 (70) Tiere haben Rechte und dürfen nicht zu Rohstofflieferanten degradiert werden. Solange
99 Menschen Tiere halten, um sie zu töten und zu essen oder um ihre Produkte zu nutzen, sind
100 wir verpflichtet, für mehr Tierschutz und mehr Tierwohl in der Tierhaltung zu sorgen.
101 Entsprechend ist die Landwirtschaft so zu gestalten, dass entlang den Bedürfnissen von
102 Tieren gewirtschaftet werden kann. Es sollen immer weniger Tiere immer besser gehalten
103 werden, damit der Konsum von Fleisch und anderen tierischen Lebensmitteln sinkt.

104 **Mobilität und Wohnen**

105 (71) Jeder Mensch hat das Recht auf Mobilität. Sie ermöglicht Freiheit und Teilhabe und ist
106 Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Sie muss sich an den menschlichen Bedürfnissen
107 orientieren und zugleich die planetaren Grenzen wahren. Eine sozial-ökologische
108 Mobilitätspolitik schafft die Verkehrswende und garantiert allen Menschen nachhaltige
109 Mobilität. Das stärkt die Sicherheit. Vision ist ein Straßenverkehr, in dem keine Menschen
110 mehr sterben.

111 (72) Die öffentliche Förderung der einzelnen Verkehrsmittel muss sich in Zukunft am
112 ökologischen Fußabdruck ausrichten. Es gilt als Prinzip: Schiene stärken, Straßen
113 dekarbonisieren. Der Raum in den Städten wird Stück für Stück neu aufgeteilt. Sichere
114 Infrastruktur für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen sowie ein attraktiver, kostengünstiger
115 und verlässlicher Nahverkehr bilden das Rückgrat einer sozial-ökologischen Mobilität.
116 Insgesamt wird es deutlich weniger Autos geben, die Autozentrierung von Verkehrspolitik,
117 Stadtplanung und Gesellschaft gehört der Vergangenheit an, die Zukunft gehört der autofreien
118 Innenstadt.

119 (73) Die Mobilität in der ökologischen Moderne ist vernetzt und digital. Verschiedene
120 Mobilitätsformen greifen nahtlos ineinander und ermöglichen individuelle Mobilität, ohne ein
121 eigenes Auto besitzen zu müssen.

122 (74) Gerade im ländlichen Raum werden auch in Zukunft viele Menschen weiterhin auf das Auto
123 angewiesen sein. Dazu muss es jedoch emissionsfrei und digital vernetzt sein. Nicht mehr das
124 Parken, sondern das Nutzen steht im Fokus.

125 (75) Die Verkehrswende in der Stadt und auf dem Land gelingt nur mit einer starken Bahn. Sie
126 erfordert einen Aus- und Umbau des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs. Dazu gehören die
127 Anbindung an Regionalzentren auch über Landkreisgrenzen hinweg sowie der Ausbau des
128 Schienennetzes, damit alle größeren Städte angebunden sind und Kurzstreckenflüge überflüssig
129 werden. Die europäischen Großstädte wollen wir durch schnelle transnationale
130 Bahnverbindungen vernetzen.

131 (76) Im urbanen Raum zeigen sich die Herausforderungen der ökologischen Moderne wie unter
132 einem Brennglas. Das überholte Leitbild der autogerechten Stadt kostet Lebensqualität und
133 macht krank. Durch mehr Flächen für Wohnen und Freizeit, für saubere Luft, städtisches
134 Leben, Stadtgrün und Erholung entsteht die lebenswerte Stadt mit kurzen Wegen, in der die
135 Menschen gerne wohnen.

136 (77) Die lebenswerte Stadt der Zukunft ist eine Null-Emissionen-Stadt. Dies gelingt, wenn
137 erneuerbare Energien, saubere Mobilität und klimaneutrales Heizen verbunden werden. Dazu
138 gehören Dächer, die Sonnenstrom erzeugen, sowie Gebäude, die nachhaltig gedämmt sind und die
139 vielfältigen klimafreundlichen Wärmequellen gemeinsam nutzen.

140 (78) Wohnungen sowie öffentliche und gewerbliche Gebäude sollen CO₂-neutral geheizt, gekühlt
141 und beleuchtet werden. Klimagerechte Energiestandards für Neu- und Altbauten sowie Wärme-
142 und Kühlsysteme, die auf erneuerbaren Energien basieren, geben den Weg dahin vor.
143 Nachhaltige und möglichst kreislauffähige Baumaterialien schützen das Klima.

144 **Soziales und Ökologie**

145 (79) Der Übergang in die ökologische Moderne muss den sozialen Zusammenhalt stärken. Bei
146 allen Maßnahmen des Übergangs gilt es, auf den sozialen Ausgleich zu achten. Je schneller
147 und verlässlicher der notwendige Umbau weg von den Fossilen angegangen wird, umso besser
148 können abrupte Veränderungen vermieden werden.

149 (80) Im Zuge der ökologischen Modernisierung muss sichergestellt werden, dass alle Menschen
150 Zugang zu essenziellen Gütern der Daseinsvorsorge wie Wasser, Strom, Mobilität und gesunder
151 Ernährung haben. Deshalb müssen sozialstaatliche Garantien immer mit Blick auf
152 Preisänderungen angepasst werden. Um Klimaneutralität zu erreichen, braucht es eine
153 Daseinsvorsorge, die es den Menschen ermöglicht, klimaneutral zu leben. Investitionen in
154 eine solche Daseinsvorsorge tragen zu sozialer Gerechtigkeit und Klimaschutz bei.

155 (81) Die ökologische Moderne bietet viele Chancen für neue Arbeitsplätze. Zugleich bedeutet
156 der Übergang massive Veränderungen für diejenigen, die bisher in den fossilen Industrien
157 arbeiten. Es braucht eine vorausschauende Industriepolitik, um möglichst viele Arbeitsplätze
158 über den Wandel hin zu grünen Technologien und Produkten zu erhalten. Gleichzeitig ist es
159 Aufgabe der Gesellschaft, den betroffenen Menschen umfassende Möglichkeiten zu beständiger
160 Fort- und Weiterbildung oder Arbeitszeitverkürzung zu eröffnen.

161 (82) Subventionen in umwelt- und klimaschädliche Produktionsweisen und Produkte erschweren
162 den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Industrie. Es gilt daher, diese abzubauen.

163 (83) Eine Politik, die die ökologischen Kosten der Produktion in den Preisen abbildet, ist
164 ökonomisch effizient, sie kann aber auch zu sozialen Schieflagen führen. Deswegen gilt es,
165 Preispolitik immer mit Maßnahmen zu kombinieren, die zu mehr Verteilungsgerechtigkeit
166 führen. Indem die Einnahmen aus ökologisch lenkenden Instrumenten an die Bürger*innen
167 zurückfließen, werden Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit miteinander verbunden.

168 (84) Die Kosten des Übergangs sollen gerecht und solidarisch getragen werden. Dem Staat
169 kommt hier eine relevante Aufgabe zu. Den Weg in die ökologische Moderne nicht zu gehen,
170 würde noch wesentlich mehr kosten.

171 (85) Wohlstand in der ökologischen Moderne definiert sich nicht allein durch materiellen
172 Reichtum, sondern meint Lebensqualität. Es geht auch um Sicherheit, Freiheit,
173 Zeitsouveränität, gesunde Lebensgrundlagen, Gleichberechtigung, kulturelles Erleben und ein
174 friedliches Zusammenleben. Dafür sind ein neuer Wohlstandsbegriff und ein anderes
175 Wirtschaften nötig. Mit einem umfassenden Wohlstandsindikator können ökologische, soziale
176 und qualitative Merkmale erfasst werden. Wasser, Luft und Artenvielfalt sind globale
177 Gemeingüter, die abseits einer reinen Verwertungslogik allen Menschen zugutekommen.

178 (86) Wir brauchen einen Paradigmenwechsel in unserem Wirtschaftssystem: Die Wirtschaft dient
179 den Menschen und dem Gemeinwohl, nicht andersherum. Viele der heutigen strukturellen Anreize
180 zum Produzieren, Handeln und Konsumieren stellen uns vor ökologische Probleme dramatischen
181 Ausmaßes und befeuern sozial-ökonomische Verteilungskrisen. Gleichzeitig wird Wachstum in
182 bestimmten Bereichen auch in Zukunft wichtig sein, um die Lebensbedingungen der Menschheit
183 zu verbessern. Doch es geht uns um ein qualitatives Wachstum, das neben ökonomischen
184 Kriterien auch soziale und ökologische berücksichtigt.

185 (87) Kapitalströme müssen in nachhaltige Aktivitäten umgelenkt werden. Im Rahmen von
186 Divestment wird auf den Finanzmärkten nicht mehr in Kohle, Öl und Gas investiert, sondern in
187 Erneuerbare Energie, emissionsfreie Mobilität, Gesundheit und Grüne IT. Der Staat und die
188 öffentliche Hand müssen hierbei vorangehen, indem sie Transparenz gewährleisten und ihre
189 Anlagestrategien an den Pariser Klimazielen orientieren.

190 (88) Der Weg in die ökologische Moderne braucht Pionier*innen. Menschen, die es anders
191 machen wollen, die in ihrem unternehmerischen oder in ihrem privaten Handeln neue Maßstäbe
192 setzen. Sie gilt es zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg zu legen.

193 (89) Es ist Aufgabe der Politik, bessere Regeln zu schaffen, nicht den besseren Menschen.
194 Sinnvolle Umweltpolitik begnügt sich nicht mit Appellen, sondern setzt klare Regeln, fördert
195 neue Technologien und investiert in neue Infrastrukturen.